Ressort: Technik

SPD will Datenschutz-Zuständigkeit ins Justizministerium verlagern

Berlin, 15.08.2016, 20:28 Uhr

GDN - Die SPD will die Zuständigkeit für den Datenschutz größtenteils vom Bundesinnen- ins Bundesjustizministerium verlagern. Das berichtet die Frankfurter Allgemeine Zeitung (F.A.Z./Dienstagausgabe) unter Berufung auf einen Arbeitsgruppenentwurf für ein Wahlprogramm 2017. Im Bundesinnenministerium soll lediglich Datenschutz für den öffentlichen Bereich verbleiben.

Die Union reagierte auf den Vorstoß kritisch, da derzeit mit Hochdruck an einer Reform des Datenschutzrechts gearbeitet werde.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-76677/spd-will-datenschutz-zustaendigkeit-ins-justizministerium-verlagern.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619